

Presseinformation

10. Juni 2025

Sitzung der NÖ Landesregierung

Die NÖ Landesregierung hat unter Vorsitz von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner u. a. folgende Beschlüsse gefasst:

Die NÖ Landesregierung beschloss eine Förderungszusage für ein Hilfeleistungsfahrzeug 3 mit Allrad für die Freiwillige Feuerwehr Krems in der Höhe von 91.250 Euro und für ein Wechselladefahrzeug mit Kran für die Freiwillige Feuerwehr Mödling in der Höhe von 110.000 Euro.

Weiters wurde eine Erstattung der anteiligen Umsatzsteuer im Wert von 124.792,13 Euro für eine Drehleiter mit Korb (DLK) für die Stadtgemeinde Zistersdorf / Freiwillige Feuerwehr Zistersdorf beschlossen.

Ebenso wurde eine Erstattung der anteiligen Umsatzsteuer im Wert von 116.666,67 Euro für ein Hilfeleistungsfahrzeug (HLF4) der Marktgemeinde St. Aegydt am Neuwalde / Freiwillige Feuerwehr St. Aegydt-Markt genehmigt.

Beschlossen wurde auch eine Erstattung der anteiligen Umsatzsteuer im Wert von 126.103,89 Euro für eine Drehleiter mit Korb (DLK) der Marktgemeinde St. Andrä Wördern / Freiwillige Feuerwehr St. Andrä Wördern.

Der Zinsenzuschuss zu den Agrarinvestitionskrediten für das erste Halbjahr 2025 in der Höhe von 820.000 Euro wurde bewilligt.

Die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete ist ein wichtiger Beitrag zur Aufrechterhaltung der flächendeckenden und standortangepassten landwirtschaftlichen Bewirtschaftung. Sie wird durch Mittel aus der EU, dem Bund und den Ländern finanziert, die Abwicklung erfolgt über die AMA (Agrarmarkt Austria). Der NÖ-Anteil für die aktuelle Auszahlung beträgt 2.565.200 Euro und wurde in dieser Höhe von der Landesregierung beschlossen.

Das Umweltprogramm (ÖPUL) ist ein wesentliches Instrument zur Erreichung von Umweltzielen in der österreichischen Landwirtschaft. Diese freiwilligen Leistungen



Presseinformation

der Landwirtinnen und Landwirte werden durch Mittel aus der EU, dem Bund und den Ländern finanziert, die Abwicklung erfolgt über die AMA (Agrarmarkt Austria). Der NÖ-Anteil für die aktuelle Auszahlung beträgt 8.634.000 Euro und wurde in dieser Höhe von der Landesregierung beschlossen.